

Leserbriefe

A15 – Anstoss zum Umdenken?

Ausgabe vom 8. Januar

Zum Artikel «Nationale Kommission stellt regionale Umfahrung infrage»

«Erhöhung der Lebensqualität» – mit diesem Argument wird für die Verbindungsstrasse A15–Gaster geworben. Jetzt zeigt sich: Gleichzeitig wird die Lebensqualität aber massiv gesenkt, denn das Kaltbrunner Riet, ein Naherholungsgebiet für Alt und Jung, wird darunter so stark leiden, dass die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission Einspruch erhebt.

Nun kommt der Moment der Wahrheit für die Politik. Nimmt sie das «Nein» ernst und sagt: Wir müssen vielleicht ganz neue Lösungen suchen? Oder bleibt sie bei einer Lösung, die noch nie wirklich funktioniert hat? Denn wir wissen, dass 50 Prozent des Verkehrs Quell- und Zielverkehr sind. Es würden also vermutlich weiterhin mehr als 9000 Fahrzeuge durchs Uzner Städtli fahren. Und wir wissen, dass neue Strassen in der Regel mehr Verkehr generieren, sodass nach fünf Jahren die ursprüngliche Verbesserung wieder aufgehoben wird.

Politik funktioniert oft nach dem Muster: Möglichst lange Negatives unter Verschluss halten, dann, wenn möglich, Kritiker aushebeln oder ein bisschen das ursprüngliche Projekt verbessern, um die Kritiker weichzuklopfen.

Der Historiker und Philosoph Philipp Blom hat in der «Sternstunde Philosophie» gesagt: «Ausbeutung, Wachstum und Selbstüberschätzung haben ausgedient... Wir brauchen eine neue Zukunftsvision.» Er hat das mit Blick auf Corona und die Klimakrise gesagt.

Ich glaube, das lässt sich gut auf die Diskussion um die A15–Gaster übertragen. Wenn wir weiterhin noch mehr Natur ohne Rücksicht auf Verluste asphaltieren, sind wir auf dem Holzweg. Oder anders gesagt: Wir handeln nicht «enkeltauglich». Sollen unsere Kinder und Enkel auch noch im Kaltbrunner Riet Natur sehen, hören, riechen können? Oder opfern wir dieses Stück Natur dem Verkehr?

Ich bin Optimist. Ich glaube daran, dass wir lernfähig sind. Ich hoffe, dass die Politik für einmal zeigt, dass sie das auch ist und deshalb sagt: «Zurück zum Start.»

Notabene: Das Projekt kosten zwischen 300 und 350 Millionen. Der Kanton muss und will in den nächsten Jahren 150 bis 200 Millionen sparen, vermutlich auch wieder in der Bildung. Wenn wir schon sparen müssen, ist es umso wichtiger, dass wir nachhaltig investieren, ohne Folgeschäden für unsere Kinder und Enkel.

Die Investition in die A15–Gaster ist nicht enkeltauglich. Fangen wir gemeinsam wieder bei null an.

Werner Roggenkemper aus Schmerikon

Weesen: Von Riviera zur «Misere» am Walensee

Was haben Sie für Erwartungen an Ihre Wohngemeinde, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger? Ist es primär ein tiefer Steuerfuss? Oder liegt es Ihnen näher, dass Sie sich an Ihrem Wohnort wohlfühlen? Ist mit der Bezeichnung Gemeinde nicht auch die «Gemeinschaft» und die damit verbundene Solidarität gemeint? Letzteres ist für mich der Favorit, denn nur in der Gemeinschaft sind

Leserbild des Tages: Mit dem Gelände verschmolzen



Sehr zur Freude der Schneehühner am Leistchamm in Amden macht der derzeitige Schnee die Tiere (im Bild ein Schneehahn) im weissen Wintergefieder weitgehend unsichtbar. Wegen der guten Tarnung der Schneehühner ist der Adler nun trotz seiner sprichwörtlichen Adleraugen bei der Futtersuche im Nachteil.

Leserbild Martin Meier, Maseltrangen

wir stark und können solidarisch etwas bewirken.

Diese oberste Werthaltung vermisse ich zurzeit bei den Gemeindebehörden von Weesen und Amden. In den letzten Jahren hat Weesen stark an Wohnqualität verloren. Auch wenn wir immer noch an einer ruhigen Lage wohnen, werden die Immissionen spürbarer denn je. Nebst diversen Belästigungen der angrenzenden Gemeinde Glarus Nord und des zunehmenden Fluglärms, ist das Verkehrsaufkommen in Weesen in letzter Zeit bis zur Unerträglichkeit angestiegen. Auch der Schwerverkehr nimmt ein Ausmass an, welches an eine Zumutung grenzt. Die zurzeit diskutierte Absicht der Ortsgemeinde Weesen, eine Deponie im Sittenwald zu betreiben, erhitzt die Gemüter zusätzlich. Die stetig unheimlich zunehmende Anzahl schwerer Lastwagen, die oftmals von morgens 6.30 Uhr bis abends durch Weesen fahren – ergo auch über die Mittagszeit –, schürt Ängste und Misstrauen. Ein aktuelles Beispiel sind die unzähligen Lastwagen, welche im Steinbruch Sell in Amden beladen werden. Konnten Sie auch schon beobachten, wie diese Ungetüme von Fahrzeugen teilweise nicht kreuzen können, auf das Trottoir ausweichen müssen und mit überhöhter Geschwindigkeit ihr Unwesen treiben? Man kann sie auch als Monster der Strasse betiteln. Die schmale Hauptstrasse durch Weesen ist hierfür schlicht nicht gebaut. In dieser Jahreszeit nachtet es bereits um 16 Uhr ein. Schulkinder sind auf dem Heimweg auf Trottoir und Strasse unterwegs. Nebst Lärm, Staub und Dreck bereitet mir dieser Gedanke grosse – und wohl auch berechnete – Sorgen!

Mich beunruhigt es sehr, wie die Gemeindebehörden von Weesen und Amden diese Situation einfach so zur Kenntnis nehmen. Nach dem Motto: «Es ist halt so.» Für einen Betreiber eines Steinbruchs muss es Vorgaben für ein Betriebskonzept geben, die solche massiven Verkehrsmissionen – wie sie in Weesen voll durchschlagen – eindämmen und tragbar machen. Parallel dazu müssen unsere Gemeindebehörden bei Kanton und Strassenverkehrsamt vorstellig werden und mit Nachdruck nachhaltige und verkehrsberuhigende Massnahmen verlangen. Mit anderen Worten: Ich erwarte Courage und auch Kämpfergeist. Denn eines ist klar: Gehorsame und sich hinter

Paragrafen versteckende Behörden erreichen keine Ziele. «Um den heissen Brei reden» nennt sich dies in der Umgangssprache. Ich vermisse eine klare und der Bürgerschaft zu kommunizierende Haltung und Vorgehensweise des Gemeinderates, wie diese miserable Situation zumindest entschärft werden kann. Die Ängste und Anliegen der Bürgerschaft werden nicht ernst genommen. Auch ich habe diese Behördenvertreter gewählt, bin mir aber ganz und gar nicht mehr sicher, ob ich das Richtige gemacht habe.

Und nun möchte die Ortsgemeinde Weesen auch noch eine Inertstoffdeponie in Betrieb nehmen, die weitere Zehntausende Lastwagenfahrten auf die kommenden Jahre auslösen soll. Ich verstehe es nicht und werde es nie verstehen wollen, dass der Kommerzgedanke über dem Wohl und der Sicherheit der Bürgerschaft steht. Die Gemeinde Weesen verkraftet keine zusätzlichen Lastwagenfahrten! Ich werde das unguete Gefühl nicht los, dass auch in dieser Frage keine klare Haltung des Gemeinderates publik wird. Vielmehr versteckt sich der Gemeinderat hinter formellen Abhandlungen und bekundet kleinlaut, dass man «gesprächsbereit» sei. Was soll das heissen? Was soll ich als Bürger von Weesen damit anfangen?

Wie ich der Website des Kantons (www.sg.ch/bauen/raumentwicklung/kantonaleplanung/richtplananpassungen) entnehmen kann, hat die Regierung des Kantons am 10. November die Richtplananpassungen 2020 erlassen und dies den Gemeinden mitgeteilt.

Der Kanton hat die Deponie «Sittenwald» im Richtplan als «Zwischenergebnis» festgesetzt. Die Genehmigung der Richtplananpassungen 2020 durch den Bund erfolgt aller Wahrscheinlichkeit nach im zweiten Quartal 2021, wohl nur noch formell, da der Bund die Anpassungen bereits vor dem Beschluss der Regierung vorgeprüft hat. Die Zeit drängt, und auch wenn die Gemeinde Weesen nur bedingt etwas dagegen unternehmen kann, ist sie gefordert, sich klar dagegen zu positionieren und die Gespräche mit den zuständigen Stellen und Bewilligungsgebern zu führen.

Ich bin enttäuscht über die passive Haltung des Gemeinderates, und darum mein Appell an Sie: Wir sind eine Gemeinschaft, mit gemeinsamer

Kraft können wir etwas bewirken. Nutzen Sie ihre politischen Rechte und Ihr Recht auf freie Willensäusserung. Teilen Sie Ihre Anregungen, Kritik, aber auch Lob den Behörden mit. Diese müssen die Bürgerschaft spüren, denn wir sind die Chefs und haben es in der Hand, unsere Gemeinde zu lenken.

In diesem Sinne zähle ich auf die Bürgerschaft von Weesen und Amden und möchte Sie dazu motivieren, die Petition gegen die geplante Deponie der Ortsgemeinde Weesen zu unterzeichnen. Sie können diese von der Website www.kei-deponie.ch herunterladen. Jede Unterschrift zuhanden der Gemeinderäte Weesen und Amden bekräftigt unsere Meinung und die Forderung, dass diese Deponie verhindert werden muss. Sie befindet sich schlicht am falschen Ort!

Armin Grob aus Weesen

Gerold Späth trifft Nagel auf den Kopf

Ausgabe vom 19. Dezember

Zum Interview «Im heutigen Rapperswil steckt ziemlich viel Barbarswila»

Die Ansicht von Gerold Späth zur Verkehrslösung in Rapperswil-Jona, was insbesondere den Durchgangsverkehr betrifft, trifft den Nagel auf den Kopf.

Vor ungefähr zehn Jahren war ich an einer Veranstaltung, bei der es um die damalige Stadttunnel-Variante ging. Als ich nach einem langen Dafür und Dagegen vorschlug, die Oberland-Autobahn durchgehend auf vier Spuren auszubauen und den gesamten Transitverkehr umzuleiten, wurde mein Vorschlag von allen Seiten belächelt und als «zu kompliziert» versenkt. Noch heute glaube ich, dass dies schon damals die kostengünstigste und einfachste Lösung gewesen wäre. Aber eben: Man wollte einen Tunnel.

Heute ist auch die Oberland-Autobahn zu bestimmten Zeiten überlastet – ein Ausbau ist auf längere Sicht ohnehin nicht abzuwenden. Und so hoffe ich, dass Gerold Späth ein Kapitel geöffnet hat, welches einer grundlegenden neuen Prüfung bedarf.

Alois Vonlanthen aus Jona

Grüne kritisieren Abstrafung

Zwei Motionen verlangen Massnahmen gegen NGO und Kirchen. Die Grünen sehen darin einen Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Grund für die Vorstösse aus dem St.Galler Kantonsrat, die Massnahmen gegen Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) und Kirchen verlangen, war der Abstimmungskampf um die Konzernverantwortungsinitiative. Die zwei Motionen vonseiten FDP, SVP und CVP hätten das Ziel, Kirchen und NGO «einen Maulkorb umzubinden», heisst es im Communiqué der Grünen. Die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften sollten mit einer Motion gesetzlich an den Grundsatz der politischen Neutralität gebunden werden. Bei den NGO sei die Disziplinierung über das Steuerrecht geplant: Wenn sie politisch tätig seien, solle für sie im Kanton St.Gallen die Steuerbefreiung aufgehoben werden (Ausgabe vom 7. Januar).

«Schadet der Demokratie»

Diese Bestrebungen seien besorgniserregend, schreiben die Grünen. Die Motionäre legten «eine antiliberalen und antidemokratischen Gesinnung an den Tag». Ein Zwang zur politischen Neutralität bringe engagierte Kreise zum Schweigen. Dies schade der Zivilgesellschaft und der Demokratie. Wer mit der Ausrichtung einer NGO nicht einverstanden sei, könne auf Spenden verzichten. Kirchenmitglieder könnten sich kirchenintern auf demokratischem Weg einbringen. (sda)

Umfahrung teilweise gesperrt

Im Schutzwald oberhalb der Umfahrungsstrasse Wattwil müssen in den nächsten zwei Wochen rund 220 Bäume gefällt werden, wie die Staatskanzlei des Kantons mitteilt. Dabei kommt eine spezialisierte Helikopterfirma zum Einsatz, weshalb sich die Arbeitszeiten nach Witterungsbedingungen richten.

Aus Sicherheitsgründen muss die Umfahrungsstrasse während der Arbeitsausführung drei bis vier Tage gesperrt werden. Die Sperrzeiten dauern jeweils von 8 bis 15.45 Uhr. Das Strassenkreisinspektorat richtet eine Umleitung über Wattwil ein. Um die Anzahl Sperrtage möglichst gering zu halten und um einen effizienten Arbeitsablauf zu gewährleisten, wird auch über Mittag geflogen. Im Bereich der Wenkenrütistrasse in Wattwil muss während der Holzereiarbeiten mit temporären Verkehrsbehinderungen gerechnet werden.

Geholt werden muss wegen der Sicherheit: Am Schomattenberg stehen etliche Bäume, die aufgrund ihres talwärts geneigten Wuchses, ihrer schlechten Verwurzelung respektive ihrer geringen Vitalität ein Risiko für die unterhalb verlaufende Kantonsstrasse sind. Die Waldregion 5 Toggenburg hat deshalb mit dem Strassenkreisinspektorat Wattwil diesen komplexen Holzschlag organisiert.

Die Holzerei findet in sehr steilem Gelände statt. Eine talwärts verlaufende Hochspannungsleitung und die Umfahrungsstrasse erschweren die Arbeiten zusätzlich. Deshalb kommt die spezialisierte Helikopterfirma zum Einsatz, die vom Forstbetrieb der Ortsgemeinde Lichtensteig unterstützt wird. (eing)